



REPORTER:INNEN
forum

Datenleak gibt einzigartigen Einblick in Chinas brutalen Unterdrückungsapparat

Der chinesische Staat soll in Umerziehungslagern rund eine Million Uiguren interniert haben: Die Xinjiang Police Files geben diesem System nun Namen und Gesichter. Sie zeigen nie gesehene Bilder aus dem Inneren.

Von Alexander Epp, Christoph Giesen, Roman Höfner, Lina Moreno, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Dawood Ohdah, Matthias Stahl, Achim Tack, Bernhard Zand, DER SPIEGEL, 24.05.2022

Der chinesische Staat soll in Umerziehungslagern rund eine Million Uiguren interniert haben: Die Xinjiang Police Files geben diesem System nun Namen und Gesichter. Sie zeigen nie gesehene Bilder aus dem Inneren.

Alexander Epp; Christoph Giesen; Roman Höfner; Lina Moreno; Frederik Obermaier; Bastian Obermayer; Dawood Ohdah; Matthias Stahl; Achim Tack; Bernhard Zand

Die Szenen aus den Lagern bleiben hängen – Stunden, Tage und Wochen nachdem die Ordner längst weggeklickt sind.

Ein hagerer Insasse, vielleicht Mitte 50, hält seine mit Handschellen gefesselten Hände einer Frau in einem weißen Kittel hin; hinter ihm wiegt ein Wärter einen kantigen Schlagstock in der Hand, lächelnd. Ein jüngerer Mann sitzt in einem »Tiger Chair«, einer stählernen Vorrichtung, in der die Arme fixiert werden können – es ist ein Folterstuhl. Ein anderer Insasse wurde oberkörperfrei fotografiert, Brust und Rücken zeigen sichtbare Spuren von Gewalteinwirkung.

Das nächste Foto: Ein Mann, begleitet von Wärtern, geht einen Gefängnisflur entlang, vorbei an schweren Türen und Schlössern, seine Haltung ist krumm, die Hände

gefesselt, ebenso die Beine. Wie alt er ist, lässt sich nicht sagen – sein Kopf steckt unter einer schwarzen Kapuze, wie alle anderen Gefangenen trägt er eine Warnweste.

Der Ort, an dem diese Männer und Frauen fotografiert wurden, ist kein offizielles Hochsicherheitsgefängnis. Die Bilder stammen aus einem Umerziehungslager in Tekes in der nordwestchinesischen Region Xinjiang, in der vor allem Uiguren weggesperrt werden. Auf dem Papier sind sie Chinesen, eine muslimische Minderheit in der Volksrepublik. In ihrer Heimat Xinjiang haben die Behörden in den vergangenen Jahren jedoch einen alles kontrollierenden Überwachungsstaat aufgebaut. Mehr als eine Million Uiguren wurde nach Schätzungen von Fachleuten in Lagern interniert und umerzogen: Sie müssen kommunistische Lieder lernen und zum Fahnenappell antreten. Kanada, die Niederlande und die USA stufen das Vorgehen der Behörden in Xinjiang als »Genozid« ein. Die chinesische Propaganda spricht hingegen von Einrichtungen für »kostenlose Berufsbildung«.

Die Menschen in den Lagern? Angeblich alles Freiwillige.
Menschenrechtsverletzungen? Angeblich erfundene Lügen und Desinformation.
Unabhängige Menschenrechtsorganisationen aus dem Ausland hat China bisher nicht in die Region gelassen. Uno-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet fordert seit 2018 Zugang – in diesen Tagen soll sie nun erstmals Xinjiang besuchen dürfen.

Was wirklich in den Lagern passiert, davon konnten bislang nur eine Handvoll Augenzeugen berichten, die zuerst die Lager und danach China verlassen konnten.

Nun aber liegen zum ersten Mal Bilder vor.

Die Aufnahmen aus Tekes sind Teil eines neuen Leaks, der Xinjiang Police Files. Mehr als zehn Gigabyte an chinesischen Regierungsdaten, klassifiziert als »vertraulich« und »intern«. Es sind Tausende Häftlingsfotos, aber auch geheime Reden, Schulungsunterlagen der Sicherheitsbehörden und schier endlose Internierungslisten. Für Apologeten dieses staatlichen Internierungssystems wird es nun zunehmend schwieriger werden, die Lager zu verteidigen.

Zugespielt wurde der Datensatz dem deutschen Anthropologen Adrian Zenz, der schon in der Vergangenheit geheime Informationen über die Lager veröffentlichte – ihm zufolge stammt das Leak von einer anonymen Quelle, offenbar einem Hacker, der in die



Computersysteme chinesischer Sicherheitsbehörden eingedrungen ist. Nach Angaben des Forschers stellte die Quelle keinerlei Bedingungen, auch habe es keine Bezahlung gegeben.

»Es ist wie ein Fenster in einen Polizeistaat, über den ja so wenige Informationen rausdringen. So etwas haben wir noch nie gesehen«, sagt Zenz.

Er hat sich mit seiner Arbeit zu Xinjiang einen Namen gemacht. Als Erster hat er die Bauausschreibungen für die Umerziehungslager im chinesischen Internet aufgespürt, zu Beginn aus offenen Quellen. In den Budgets der Regierung entdeckte er Ausgabensteigerungen für neue Haftanstalten, teilweise um 1000 Prozent. Anhand von Verwaltungsunterlagen konnte er aufzeigen, dass Xinjiang inzwischen das vielleicht größte Waisenhaus der Welt ist. Hunderttausende Kinder wurden in staatliche Obhut gegeben, weil beide Eltern in Lagern umerzogen werden. Vor zwei Jahren wurde ihm die sogenannte Karakax-Liste zugespielt, die in Deutschland NDR, WDR, Deutsche Welle und die »Süddeutsche Zeitung« ausgewertet haben.

Zenz sagt: »Es handelt sich um ein systematisches Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir haben hier eine Vielzahl von unterschiedlichen Verbrechen – von der Internierung in Umerziehungslagern bis zur Zwangsarbeit, bis zur Zerstörung von Moscheen, bis zur Einschränkung der Religion. Es geht darum, diese Menschen, diese Völker zu assimilieren, sie zu brechen innerlich, dass sie der Partei gefügig werden, vom Staat besser kontrolliert werden können.«

Die Daten des neuen Leaks, die Xinjiang Police Files, fanden über ihn den Weg zu einem internationalen Medienverbund von 14 Partnern. In Deutschland war neben dem SPIEGEL auch der Bayerische Rundfunk (BR) beteiligt, international kooperierten bei der Recherche Medien wie »Le Monde«, die BBC, »USA Today«, »El País« sowie das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ).

Wochenlang hat das internationale Rechercheteam die Echtheit der Daten verifiziert. Fotos, die Gebäude zeigen, wurden mit Satellitenbildern abgeglichen. Einige Bilder enthielten außerdem GPS-Daten, also den genauen Ort, an dem das Foto aufgenommen wurde.

Auszugsweise wurden Dokumente und Bilder renommierten Forensikern zur Prüfung übergeben und die Reden und Dienstanweisungen inhaltlich mit früheren Leaks und Aussagen chinesischer Parteikader abgeglichen. Schließlich reiste ein Team vom SPIEGEL und der BBC in die Türkei und in die Niederlande, um Angehörige von Lagerinsassen, deren Namen und Fotos sich in den Daten finden, zu treffen.

Das Ergebnis: Die Dateien sind echt. Verstörend echt. Penibel notiert in Excel-Tabellen, Zeile für Zeile.

Aus dem Kreis Konasheher, südlich der Oasenstadt Kashgar, finden sich beinahe alle Einwohner der Gegend im Datensatz. Hunderttausende Menschen mit ihren Namen, Geburtsdaten und Ausweisnummern. Weit mehr als 22.000 von ihnen waren laut Xinjiang Police Files 2018 interniert, mehr als zwölf Prozent der erwachsenen Bevölkerung, und sie waren für wenigstens ein Jahr weggesperrt – so lange dauern die Umerziehungsmaßnahmen, die 2017 begonnen haben, nämlich im besten Fall. Wen das System nicht brechen kann, der wird deutlich länger interniert.

Mindestens eines der Lager in der Nähe des Industrieparks von Konasheher verfügt über Zellen, in denen Häftlinge in Einzelhaft gehalten wurden, wie aus einem Lageplan in den Xinjiang Police Files hervorgeht. Und diese Zellen werden offenbar benutzt.

Ein zehnminütiges Videotelefonat alle zehn Tage mit den Angehörigen ist laut den Unterlagen zwar gestattet, wird aber mitgeschnitten. Wird der Inhalt des Gesprächs oder die Stimmung des Häftlings als »abnormal« eingestuft, ergreifen die Bediensteten laut Dokumenten »entsprechende Maßnahmen«. Die meisten Verwandten kennen deshalb das Strafmaß ihrer Angehörigen sehr wahrscheinlich nicht, es findet sich nur in den endlos langen Excel-Tabellen der Sicherheitsbehörden, dazu manchmal noch ein Bild.

Teil der Xinjiang Police Files sind insgesamt 5074 Häftlingsfotos, die die Strafverfolgungsbehörden in Konasheher zwischen Januar und Juli 2018 aufgenommen haben.

Knapp 2900 der fotografierten Personen waren inhaftiert.

Die Jüngste damals 15 Jahre alt, die Älteste 73 Jahre.

Deutlich in Überzahl: Männer zwischen 18 und 30 Jahren. Sie waren in den vergangenen Jahren aus dem Straßenbild in Xinjiang weitgehend verschwunden. Bei Reisen in die Region fiel es sofort ins Auge: fast ausnahmslos alte Männer, Frauen und Kinder.

Die Bilder des Leaks geben der Realität in den Lagern ein Gesicht, Hunderte Gesichter, Tausende Gesichter. Menschen, die stumm in die Kamera schauen, schlecht ausgeleuchtet, unsicherer Blick, ausgeliefert der gnadenlosen Bürokratie eines mitleidlosen Lagersystems.

Wer sich durch die Dokumente der Xinjiang Police Files arbeitet, wird Zeuge, wie willkürlich die Menschen in das Räderwerk der Lager geraten, aus dem dann schwer wieder zu entkommen ist.

Ablikim E. zum Beispiel. Geboren am 13. August 1991. Seine Wangen glühen rot auf dem Häftlingsfoto.

Im März 2012 soll er gemeinsam mit seiner Mutter etwa eine Stunde lang eine Audiodatei angehört haben, die ihm sein Vater auf dem Handy vorspielte, über religiöse Steuern, verschleierte Frauen, Männer mit Bärten, notierten die Sicherheitskräfte. Am 25. Dezember 2017 verurteilte ihn der Apparat aufgrund dieses Vorfalls zu 20 Jahren Haft wegen Vorbereitung einer terroristischen Handlung.

Oder Adiljan T.: Die Haare raspelkurz, der Adamsapfel tritt hervor. Müde schaut er mit ausdruckslosem Blick in die Kamera. Mittelschulabschluss, Blutgruppe AB, hielten die Beamten in ihren Tabellen fest.

Sein Vergehen: Als 18-Jähriger soll er im Dezember 2011 für zwei Wochen in einem Fitnesscenter in der Hauptstadt Ürümqi trainiert haben. Am 28. Oktober 2017 wurde er deshalb inhaftiert und »wegen Vorbereitung einer terroristischen Handlung« verurteilt. Zwölf Jahre Haft.

Dann Abdughini I.: Starrer Blick, das Gesicht schwer entzündet. Er bekam den vorliegenden Unterlagen zufolge fünf Jahre und elf Monate Gefängnis, zwei Jahre Entzug der politischen Rechte und eine Geldstrafe von 2000 Yuan wegen Anstiftung zu terroristischen Aktivitäten.



Der Vorwurf: Im Januar 2002 soll er als Siebenjähriger illegal von seinem Vater in religiösen Schriften unterrichtet worden sein, im Januar 2004 soll ein anderer Mann ihn den Islam gelehrt haben. 2016 bis 2017 nutzte er einen VPN-Dienst auf seinem Mobiltelefon, um die Internetzensur zu umgehen. So wie Hunderttausende Chinesinnen und Chinesen jeden Tag im Rest der Volksrepublik.

In Xinjiang aber überprüft die Polizei bei Straßenkontrollen regelmäßig die Smartphones, die Daten werden ausgelesen; jeder muss eine App installiert haben, die feststellt, ob man verbotene Videos angesehen hat. Wer einen verschlüsselten Messenger wie etwa WhatsApp auf sein Telefon geladen hat, muss damit rechnen, in einem der vielen Lager zu verschwinden.

Die Verwandlung von Xinjiang in einen Überwachungsstaat ist eng verbunden mit Chen Quanguo, dem ehemaligen Parteichef der Region, der noch immer dem mächtigen Politbüro in Peking angehört. Von 2016 bis 2021 stand der 66-Jährige an der Spitze des Apparats in Xinjiang. Kurz nachdem er in die Region kam, musste jeder Einwohner die Überwachungs-App auf dem Smartphone installieren. Männer dürfen seither keine Bärte mehr tragen, Metzger müssen die Beile anketten, mit denen sie ihre Hammel zerlegen. In die Klingen ihrer Messer ist ein QR-Code gefräst.

Bevor Chen nach Xinjiang versetzt wurde, war er von 2011 an Parteisekretär in Tibet, und auch dort regierte er mit harter Hand. Zehntausende Genossen schickte er dazu aufs Land: Sie zogen in die Dörfer, schliefen bei den tibetischen Familien und den Mönchen. Klöster gründeten Parteizellen und hissten die chinesische Flagge.

Dass Chen in den vergangenen Jahren in Xinjiang einen Polizeistaat aufgebaut hat, steht außer Frage. Analog zu seinem Vorgehen zuvor in Tibet stellte er auch in Xinjiang chinesische Kader ab, die als Aufpasser in den Häusern von Uiguren leben und schlafen sollten.

Wie brutal er jedoch seine Kader und Untergebenen anstachelte, zeigen zum ersten Mal die Xinjiang Police Files. Die geleakten Dokumente geben Einblicke in die gnadenlose Denkweise der Sicherheitsbehörden. In einer Rede im Sommer 2018 forderte Parteisekretär Chen seine Beamten laut in den Daten befindlichem Manuskript auf, in Alarmbereitschaft zu sein, den Kampf gegen Separatisten fortzusetzen, die

Sicherheit von Lagern und Gefängnissen zu verstärken und jeden zu erschießen, der versucht, zu fliehen oder aber eine der Haftanstalten anzugreifen. »Erst töten, dann melden«, impfte Chen seinen Leuten ein.

Ähnlich martialisch gab sich Chen in einer Geheimrede 2017. Jeder Gefangene sei zu erschießen, der auch nur versuche, ein paar Schritte zu entkommen. Bei einem Zwischenfall müssten die Sicherheitskräfte »alle Terroristen erschießen, damit kein einziger unserer Polizeibeamten oder Militärpolizisten oder Bürger verletzt oder getötet wird.«

In einer offiziellen Stellungnahme auf eine Anfrage des SPIEGEL und seiner Medienpartner ging die chinesische Botschaft in Washington nicht auf konkrete Punkte ein, sondern erklärte, die Maßnahmen in Xinjiang richteten sich gegen terroristische Bestrebungen, es gehe nicht um »Menschenrechte oder eine Religion«.

Entsprechend bewaffnet sind offenbar die Wachen. Laut einer als vertraulich gekennzeichneten Powerpoint-Präsentation aus den Xinjiang Police Files verwenden die Einheiten im Lager in Tekes das QBZ-95-Sturmgewehr, die Standardwaffe der Volksbefreiungsarmee.

Aber auch gegen normale Bürger ordnete Chen Härte an. Die Polizei solle Rückkehrer aus dem Ausland »festnehmen, sobald sie sie sieht« und »mit ihnen wie mit schweren Straftätern verfahren«: Handschellen, Fußfesseln und eine schwarze Kapuze.

So wäre es Abdurahman Hasan wohl auch ergangen. Regelmäßig reiste er von Kashgar, wo er mit seiner Frau und zwei Kindern lebte, die heute sechs und sieben Jahre alt sind, beruflich ins nahe Kirgisistan. Dann kam Parteichef Chen nach Xinjiang und verschärfte die Regeln: Wer im Ausland war, sollte seinen Pass zurückgeben. Abdurahman hatte ein ungutes Gefühl und verließ Anfang 2017 die Region, seine Familie, die Fußballmannschaft, die er betreute, sein Leben. Er war glücklich, sagt der 47-Jährige, beim Gespräch Anfang Mai in einem Gasthof im niederländischen Alkmaar, wo er heute in einem Asylbewerberheim wohnt.

Im Sommer 2017 hörte er seine Frau sei in eines der Lager gesteckt worden. »Sie heißt Tunisagül«, sagt er. »Sie ist smart, stolz und selbstlose Mutter. Sie hat ihre ganze Zeit den Kindern gewidmet«, erzählt er bei dem Treffen.

Er lebte im Exil in totaler Ungewissheit, ohne eine Ahnung, was aus seiner Frau und den Kindern geworden ist. Ist sie tot? Umerzogen? Weggesperrt? Und wenn ja: wie lange? Die Daten der Xinjiang Police Files werden Abdurahman bittere Klarheit geben.

Laut der geleakten Dokumente schlug am 25. Juni 2017 die sogenannte Integrated Joint Operations Platform (IJOP) Alarm – noch so ein perfides Projekt, das unter der Ägide von Parteichef Chen entwickelt wurde. In diesen Dienst speisen die Behörden Informationen ein, egal wie kleinteilig und banal sie auch sein mögen. Wann und wo man in einem Fitnesscenter Gewichte stemmt, ob man das Rauchen und Trinken aufgeben hat oder ob man an Ramadan fastet. Gespeichert werden sehr wahrscheinlich auch Fingerabdrücke, Irisscans und DNA-Informationen. Unter dem Vorwand einer kostenlosen Gesundheitskontrolle hat der Apparat von nahezu jedem Einwohner Xinjiangs entsprechendes Genmaterial gesammelt. Ein Überwachungs Albtraum.

Anhand all dieser Daten und Informationen errechnet der IJOP-Algorithmus, wie gefährlich ein Bürger oder eine Bürgerin in Xinjiang aus Sicht des Apparats ist. Mindestens 10.000 Personen in den Xinjiang Police Files wurden aufgrund von IJOP-Berechnungen interniert. Eine von ihnen war Abdurahmans Frau. Am 25. Juni 2017, als das System zum ersten Mal anschlug, ließen die Behörden sie noch in Ruhe. Zwei Monate später kamen die Häscher dann aber doch, und am 24. Dezember 2017 wurde sie zu 16 Jahren Straflager verurteilt. Sie habe Streit geschürt und die öffentliche Ordnung gestört, indem sie eine Menschenmenge versammelt habe, heißt es in den Unterlagen. Ihr gegenwärtiges Schicksal ist unbekannt.

»Mein Gott, was für Nachrichten ich bekommen habe. Sie wurde zu 16 Jahren verurteilt?«, fragt Abdurahman in den Niederlanden aufgebracht. Dann sieht er ihr Foto. »Ihr Geist ist gebrochen. Das Foto muss zum Zeitpunkt ihrer Verurteilung gemacht worden sein. Sie sieht verzweifelt aus.« Aufgenommen wurde das Bild am 16. Januar 2018, drei Wochen zuvor hatte sie ihre drakonische Strafe erhalten. »Ich kann die chinesischen Behörden nicht mehr als Regierung ansehen«, sagt Abdurahman, »es ist eine terroristische Organisation.«



REPORTER:INNEN
forum

Heute, viereinhalb Jahre später, sind einige der Internierungs- und Umerziehungslager aufgelöst, Satellitenbilder zeigen jedoch, dass neue Gefangenenlager in abgelegenen Gebirgen und Wüsten entstanden sind, außer Sichtweite und schwer zu erreichen. Andere Einrichtungen wurden offenbar in Arbeitslager umgewandelt, der Stacheldraht entfernt, von außen sehen sie nun aus wie gewöhnliche Fabriken. Außerdem ist die Zahl der regulären Gefangenen in Xinjiang dramatisch gestiegen: Wer nicht umerzogen werden kann, wird für viele Jahre weggeschlossen.

Gefangen in Ürümqi

Trotz internationaler Kritik betreibt Volkswagen ein Werk im Herzen der Unruheregion Xinjiang. Die Fabrik wird für Europas größten Autobauer zunehmend zum Risiko.

Von Christoph Giesen, Simon Hage, Frederik Obermaier, DER SPIEGEL,
28.05.2022

Die Kommunistische Partei hat die ganze Stadt in Quadrate aufgeteilt, wie bei einem Schachbrett. Überall in Ürümqi hängen Schilder mit Nummern an den Laternenmasten und Zäunen. Die nächste Querstraße gleich hinter dem Werktor der Fabrik liegt jetzt in Sektor 65793, die Ostseite gehört zu Zone 65605.

Die Struktur hilft den staatlichen Behörden, sofort einzugreifen, wenn sie das für nötig erachten. Ein Anruf genügt, und in weniger als einer Minute sind die Uniformierten aus den umliegenden Polizeirevieren da mit ihren Mannschaftswagen, den Sturmgewehren. Dabei gibt es in diesem Teil der Vier-Millionen-Einwohner-Metropole im Westen Chinas, Hauptstadt der Region Xinjiang, eigentlich nichts zu bewachen. Außer einer einsamen Autofabrik. Die aber scheint der Bewaffneten Volkspolizei so wichtig zu sein, dass sie in unmittelbarer Nähe eine Kaserne unterhält.

»Shang Qi Dazhong« – SAIC Volkswagen – steht in vier großen chinesischen Schriftzeichen am Dachfirst des Werks. Dass hier eigentlich Autos gebaut werden, kann man sonst nur erahnen. Beinahe verlassen erscheint die Fabrik mitten in dieser Einöde im kargen Nordwesten Chinas. Man sieht keine Arbeiter durch das Werktor eilen, keine Lastwagen, die beladen werden. Nur Zäune, Kameras und Panzersperren. An der Kreuzung vor dem Werk steht eine Polizeistreife, das Blaulicht ist eingeschaltet.

Und mittendrin lässt ein deutscher Konzern Autos zusammenschrauben, als wäre Ürümqi ein Industriestandort wie Wolfsburg, Zwickau oder Ingolstadt. Seit 2013 betreibt VW hier ein Werk, gemeinsam mit dem chinesischen Staatskonzern SAIC. Dass die Region wirkt wie ein Teil eines Polizeistaats, scheint den Autohersteller wenig



zu kümmern: Das Werk in Ürümqi sei »fester Bestandteil der strategischen Ausrichtung von SAIC Volkswagen in China«, teilt der Konzern mit. Ob sich im Umkreis von 25 Kilometern »mögliche Internierungslager« befinden, was Satellitenbilder nahelegen, »wissen wir nicht«, erklärt Volkswagen. In der direkten Nachbarschaft des Werks sei das »nach unserer Kenntnis« nicht der Fall.

Die Politik des Wegschauens, die Volkswagen in der Region betreibt, ist typisch für die deutsche Industrie, die in der Unruheregion mehrfach vertreten ist. Auch BASF betreibt ein Werk in Xinjiang, Bosch und Siemens sind ebenfalls dort aktiv. Sie alle beteuern vehement, Menschenrechte zu achten und keine Hinweise auf Zwangsarbeit im eigenen Betrieb oder bei Zulieferern zu haben. Doch können sie das tatsächlich kontrollieren? Und wollen sie das überhaupt?

Seit vor knapp 13 Jahren blutige Unruhen die Region erschütterten, versucht die chinesische Regierung, sie mit maximaler Überwachung unter Kontrolle zu halten. Die Behörden haben Hunderttausende muslimische Uiguren, deren Heimat Xinjiang ist, in Internierungslager gesteckt. Das amerikanische Außenministerium spricht inzwischen von einem »Genozid«, ebenso das niederländische und das kanadische Parlament. Doch während sich China zum Überwachungs- und Unterdrückungsstaat entwickelt, sieht die deutsche Wirtschaft vor allem einen gigantischen Wachstumsmarkt.

Rund 40 Prozent seiner Autos verkauft Volkswagen in der Volksrepublik. Die Zukunft des Konzerns, sagte VW-Boss Herbert Diess einmal, »wird sich auf dem chinesischen Markt entscheiden«. Eine Schließung des VW-Werks in Ürümqi würde die Kommunistische Partei als unfreundlichen Akt empfinden, sagt Ferdinand Dudenhöffer, Direktor der Forschungseinrichtung Center Automotive Research. »Kein deutsches Unternehmen sollte China brüskieren.«

Das fragwürdige Engagement in Ürümqi bringt VW nun zunehmend in Bedrängnis. »Jede Firma, die in China produziert, ist Geschäftspartner eines völkermörderischen Regimes«, twitterte der republikanische Senator Marco Rubio nach der Veröffentlichung der Xinjiang Police Files, die Tausende Behördenfotos von Uiguren enthalten, die in Lagern und Gefängnissen eingesperrt wurden.



Auch das Bundeswirtschaftsministerium verschärft seinen Kurs – und verwehrt dem Konzern Garantien für neue Investitionen in China. »Aus menschenrechtlichen Gründen« habe man erstmals »vier Anträgen eines Unternehmens auf Verlängerung von Investitionsgarantien« nicht stattgegeben, erklärte eine Sprecherin von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Dabei handelt es sich offenkundig um den VW-Konzern, der entsprechende Anträge bestätigte: Man warte noch auf eine Antwort der Bundesregierung. »Selbstverständlich ist auch eine Ablehnung möglich«, erklärt Volkswagen.

Zwar geht es wohl nicht um Investitionen in das umstrittene Werk in Xinjiang, sondern um andere Fabriken in China. Das Ministerium weigert sich dennoch, für das Projekt zu bürgen. Die Anträge hätten einen Bezug zu einer Betriebsstätte in der Region Xinjiang, erklärte das Ministerium, zumindest lasse sich der Bezug nicht ausschließen. Das bedeutet: VW wird die Risiken für seine Chinaengagements künftig allein tragen müssen.

Juristisch gerät der Konzern unter Druck. Von 2023 an macht das neue Lieferkettengesetz Unternehmen für Menschenrechtsverstöße verantwortlich, selbst wenn diese bei Zulieferern passieren. Laut einer Expertise der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags von 2021 werden Geschäfte deutscher Firmen in Xinjiang damit nahezu unmöglich: Ein Abbruch der Geschäftsbeziehungen zu chinesischen Zulieferern erscheine »fast unausweichlich«. Ansonsten drohten Geldbußen, womöglich sogar strafrechtliche Konsequenzen für Manager.

Die offenkundigen Menschenrechtsverstöße in Ürümqi bringen auch den Aufsichtsrat in Erklärungsnot, vor allem die im Gremium vertretenen Politiker. Das rot-schwarz regierte Land Niedersachsen hält 20 Prozent der Stimmrechte. Das VW-Gesetz gibt den beiden Landesvertretern im Aufsichtsrat sogar ein Vetorecht bei wesentlichen strategischen Entscheidungen, etwa bei der Errichtung eines neuen Werks.

Doch Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), seit 2013 Mitglied des VW-Aufsichtsrats, hat es noch nicht einmal für nötig befunden, dem Werk einen Besuch abzustatten. Bei Chinareisen habe Weil jeweils mit großen Delegationen die



Partnerprovinzen Anhui und Shandong sowie die Metropolen Peking und Shanghai besucht, erklärt dazu die niedersächsische Staatskanzlei.

Dabei heißt es zu China im Programm seiner Partei: »Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber Minderheiten, insbesondere uigurischen Muslimen, verurteilen wir.« Am Dienstag forderte Frank Schwabe, SPD-Fraktionssprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Bundestag, deutsche Unternehmen müssten ihre Aktivitäten in Xinjiang einstellen. Die Staatskanzlei rechtfertigt ihre Zurückhaltung damit, dass Außenpolitik zunächst »Sache der Bundesregierung« sei. »Wenn sich die Gelegenheit ergibt, kann dieses Thema auch von Landespolitikern in Gesprächen thematisiert werden.« Allerdings scheint Weil diese Gelegenheiten nicht besonders intensiv zu suchen. Treffen zwischen Vertretern der Landesregierung und Menschenrechtsorganisationen, um über die Lage in Xinjiang zu reden, habe es nicht gegeben, heißt es. Ein Besuch Weils in Ürümqi, so die Landesregierung, sei nicht geplant. Zum dortigen Werk will sich der Ministerpräsident und VW-Aufsichtsrat nicht weiter äußern: Es gelte »die aktienrechtliche Vertraulichkeitsverpflichtung«.

Die Schweigsamkeit des Konzerns und seines mächtigen Anteilseigners sorgt für Kritik. »Wenn ein Unternehmen, in dem die niedersächsische Landesregierung viel mitzureden hat, sich nicht klarer zur Lage der Uiguren positioniert, finde ich das ziemlich problematisch, fahrlässig sogar«, sagt Gyde Jensen, FDP-Fraktionsvize.

Wirtschaftlich gesehen, könnte VW das Werk jederzeit dichtmachen. Gut 40 Fertigungsstätten betreibt der Konzern mit Partnern in China, einzelne Werke haben eine Jahreskapazität von bis zu 600 000 Autos. Ürümqi hingegen war von Beginn an auf nur 50 000 Autos ausgelegt. Ein winziger Bruchteil der drei bis vier Millionen Fahrzeuge, die der Konzern in der Volksrepublik jährlich absetzt. Dass VW dennoch am Standort festhält, hat wohl vor allem einen Grund: Der Konzern beweist der Regierung damit seine Treue.

Um sich das Wohlwollen Pekings zu sichern, ließ sich VW vor knapp 15 Jahren auf einen fragwürdigen Deal ein. Der Konzern durfte ein halbes Dutzend neue Werke im Osten des Landes eröffnen. Im Gegenzug erklärten sich die Wolfsburger bereit, auch

eine Fabrik im strukturschwachen Xinjiang aufzubauen. Hätten sie schon damals wissen müssen, worauf sie sich einließen?

Schon bevor das Werk in Ürümqi eröffnet wurde, liefen Menschenrechtler Sturm. Längst war bekannt, dass die Uiguren in Xinjiang unterdrückt werden. Ein Werk in dieser Region? Damit lasse sich VW von der Regierung in Peking instrumentalisieren. Doch die Führung wischte die Bedenken beiseite. »Volkswagen wollte davon nichts hören«, erzählt Ulrich Delius, langjähriger Chef der Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker, der seinerzeit den Kontakt zum Konzern suchte.

Stattdessen inszenierte sich das Unternehmen als Stifter von Frieden und Wohlstand in der Unruheregion. Mit dem Werk in Ürümqi übernehme VW »eine Vorreiterrolle bei der Industrialisierung des Landes«, sagte der damalige Chef Martin Winterkorn. Man werde nicht nur Autos bauen, sondern auch lokale Minderheiten integrieren. Heute sagt VW: Das Werk in Ürümqi sei gegründet worden, um »die wachsende Nachfrage nach hochwertigen Fahrzeugen im Westen Chinas zu decken«. Doch das versprochene Wirtschaftswunder blieb aus.

2019 rollten im Gemeinschaftswerk von VW und SAIC gerade noch rund 20 000 Autos vom Band, im Pandemiejahr 2020 blieb die Produktion auf niedrigem Niveau. Der Mangel an Zulieferteilen wie Halbleitern kommt erschwerend hinzu. Die Zahl der Mitarbeiter sank von einst 600 auf ungefähr 400.

Tatsächlich werden die Fahrzeuge im Osten Chinas vorproduziert. In Ürümqi werden die Teile nur ausgepackt und zusammengesraubt, wie ein Ikea-Regal. Die einzige relevante Wertschöpfung, die vor Ort erbracht wird, ist das Lackieren der Fahrzeuge.

Besonders pikant: Bei der Eröffnung hat der Konzern laut einer Pressemitteilung von damals ein Abkommen mit der Bewaffneten Volkspolizei geschlossen. Die Truppe sollte bei der militärischen und »patriotischen Ausbildung« von Mitarbeitern im Werk helfen. Im Gegenzug schenkte man der Einheit zwei Autos. VW und sein chinesischer Partner überließen die Fahrzeuge ausgerechnet jener Truppe, die heute als treibende Kraft hinter den Masseninternierungen und Verhaftungen gilt.



Auf Nachfrage teilt der Konzern mit, sein Partner SAIC habe noch vor der Werkseröffnung zwei Fahrzeuge an die benachbarte Station der Bewaffneten Volkspolizei übergeben. Die Tradition gehe bis in die Achtzigerjahre zurück und sei »in ganz China verbreitet«. VW sei nicht direkt involviert gewesen. »Es gab und gibt darüber hinaus keine Kooperation, militärische Erziehung oder Ausbildung im Werk.« Die Frage, wofür die verschenkten Fahrzeuge mittlerweile eingesetzt werden, lässt der Konzern unbeantwortet.

2019 erklärte Konzernchef Diess einem BBC-Reporter, er wisse nichts von Internierungslagern in Xinjiang. Zwar ruderte der Konzern schnell zurück und erklärte, dass Diess sich der Lage »natürlich bewusst« sei. Zu spät. Medien auf der ganzen Welt berichteten, der britische Publizist Timothy Garton Ash sprach im »Guardian« von einem »moral car crash«.

Bislang hat der Konzern keinen Ausweg aus der heiklen Lage gefunden. Als die Absatzzahlen in China während der Pandemie abrauschten, schien das Werk in der Uigurenregion sinnloser denn je. Vorstände hätten offen über eine Schließung diskutiert, heißt es in Wolfsburg. Doch man sei sich rasch einig gewesen, die Fabrik weiterlaufen zu lassen. Ein vorzeitiger Rückzug, so die Befürchtung, hätte wie ein Schuldeingeständnis gewirkt, dass in der Fabrik womöglich Unrechtmäßiges geschehe. VW bezeichnet die Schließungsüberlegungen als Spekulation. Werke könnten nicht von heute auf morgen errichtet oder geschlossen werden. Auch Diess verteidigte diese Woche das Engagement in Xinjiang: Ein Rückzug von VW, so der Boss, hätte für die Region negative Folgen.

Uigurenvertreter äußern Unverständnis: »Ausgerechnet ein Konzern, der zu großen Teilen dem Staat gehört und der schon im Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeiter beschäftigt hat, macht sich wieder schuldig«, sagt Dolkun Isa, Präsident des World Uyghur Congress.

Allein der Verdacht, VW könnte von Zwangsarbeitern profitieren, ist für den Konzern heikel. Während der Nazizeit mussten ungefähr 20 000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in VW-Werken Kübelwagen oder Tellerminen für die Wehrmacht zusammenschrauben. Zwar versichert der Konzern: Kein Mitarbeiter arbeite in Ürümqi

unter Zwang, alle besäßen einen direkten Arbeitsvertrag mit SAIC Volkswagen. Jeder werde nach Qualifikation eingestellt, »unabhängig von Alter, religiöser Überzeugung oder ethnischer Zugehörigkeit«. Unabhängig überprüfen lässt sich das nicht.

Kein einziger Journalist hat das Werk bislang besucht. Und als letzte und bislang einzige deutsche Parlamentarierin – außer dem früheren Ministerpräsidenten David McAllister (CDU) – war die Grünenpolitikerin Viola von Cramon in der Fabrik. Das war 2012. Das Management vor Ort bemühte sich, ihr eine möglichst heile Welt zu präsentieren. Die lokalen Sicherheitsbehörden standen in Alarmbereitschaft: Kaum war Cramon abgereist, nahmen sie einen führenden VW-Repräsentanten in Xinjiang vorübergehend fest. Offenbar ging den chinesischen Behörden die Einladung einer kritischen Abgeordneten dann doch zu weit.

Die Grünenpolitikerin hat bis heute erhebliche Zweifel, ob der Schutz der Menschenrechte im Werk wirklich gewährleistet ist. »Ich sehe noch nicht, dass VW den Nachweis erbracht hätte, dass es dort keine Zwangsarbeit gibt«, sagt Cramon. Sie spricht von einem »Totalversagen des Aufsichtsrats«.

Selbst einen Brandbrief von Uigurenvertreter Isa quittierten die VW-Verantwortlichen mit einem Schulterzucken. In dem Schreiben vom April 2019 berichtete Isa, die Behandlung der Uiguren in China habe sich »dramatisch verschlechtert«. Von »massenhaften willkürlichen Inhaftierungen« war die Rede. VW, so die Kritik, setze sich zwar für ehrbare Prinzipien ein, allerdings vorrangig auf dem Papier. VW ließ seinen Chinachef Stephan Wöllenstein antworten: »Wir stehen zu unserer Verantwortung in allen unseren Geschäftsbereichen, die wir direkt kontrollieren können.«

Eine Einschränkung, die stutzig macht. Was kann und will Volkswagen überhaupt kontrollieren?

Der Konzern betont, dass es sich bei den Joint-Venture-Gesellschaften in der Volksrepublik »um nicht kontrollierte Gesellschaften des Volkswagen-Konzerns« handelt. Deshalb gilt auch die VW-Sozialcharta in Ürümqi offenbar nicht. Der Partner SAIC hält die Mehrheit, auch am dortigen Gemeinschaftswerk. Er hat die Hoheit über die Personalpolitik.



VW sieht sich nicht einmal imstande, die präzise Zahl der im Werk arbeitenden Uiguren preiszugeben. Die Rede ist nur von einem 27-prozentigen Anteil »von Uiguren und anderen Minderheiten«, das entspreche der Zusammensetzung der Bevölkerung in der Region Ürümqi. Die Quote werde jedoch »nicht runtergebrochen auf spezielle Ethnien«. Das bedeutet: Wie viele Uiguren tatsächlich im Werk arbeiten, kann niemand nachvollziehen, womöglich nicht einmal VW selbst.

Mit den »anderen Minderheiten«, die in Ürümqi arbeiten, könnten auch Kasachen gemeint sein, in Xinjiang häufig anzutreffen, oder Hui-Chinesen, die zwar den muslimischen Glauben praktizieren, im Vielvölkerstaat jedoch als gut integriert gelten. Dass ausgerechnet die Uiguren, die in Ürümqi ansonsten unterdrückt werden, im Werk von SAIC Volkswagen Gleichbehandlung genießen sollen, wirkt unplausibel.

Immerhin scheint der Konzern erkannt zu haben, wie stark das Werk in Ürümqi seine Reputation bedroht. Nach seinem missglückten Interview kündigte Konzernchef Diess einen Vor-Ort-Besuch an. Sobald die Coronasituation es erlaube, sagt VW, solle die Reise stattfinden.

Dass sich die Situation für die Beschäftigten durch Diess' Besuch spürbar ändert, ist indes unwahrscheinlich. Größere Investitionen in das Werk in Ürümqi scheint VW ohnehin nicht mehr zu planen. Nicht einmal die E-Autos, die der VW-Boss im Rest der Welt anpreist, werden in der Uigurenregion gebaut. »Die dort produzierten Verbrennerfahrzeuge«, sagt VW, »werden außerhalb der Megacitys noch lange relevant bleiben.«

In die Falle gelaufen

Seit Jahrzehnten profitiert Deutschland vom Geschäft mit Chinas Diktatur – nun ist die Wirtschaft von Peking noch abhängiger als von Moskau. Neue Folterenthüllungen stellen Politik, Unternehmen und Gesellschaft vor fundamentale Fragen: Welche Verbrechen nehmen wir für Wohlstand in Kauf? Und welche Gefahren drohen?

Von Markus Becker, Georg Fahrion, Matthias Gebauer, Christoph Giesen, Martin Knobbe, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Michael Sauga, Christoph Schult, Gerald Traufetter, Wolf Wiedmann-Schmidt, Bernhard Zand, DER SPIEGEL,
28.05.2022

Als Mahmut Tohti geboren wurde, gab es die Volksrepublik China noch nicht. Er kam in einem Dorf im Süden der zentralasiatischen Oasenstadt Kashgar zur Welt, am Rande der Wüste Taklamakan. Dort, in der Region, die Xinjiang heißt, wollte er auch sterben und begraben werden, so wie seine Eltern, an deren Gräbern er einen Garten mit Maulbeerbäumen anlegen ließ. Den Garten gibt es nicht mehr, die Gräber seiner Eltern haben die chinesischen Behörden einebnen lassen. Heute lebt Tohti in Istanbul.

Eine lange Treppe führt in seine Wohnung am Goldenen Horn hinauf. Er ist 80 Jahre alt, geht am Stock und trägt einen blauen Schal um den Hals. Blau ist die Farbe der Uiguren, Chinas großer muslimischer Minderheit, zu der Tohti gehört – wie seine Söhne, Schwieger- und Enkelkinder. Tohti hat seit Jahren nichts mehr von ihnen gehört, als ihn Reporter des SPIEGEL und der BBC Anfang Mai in der Türkei besuchen.

Sein ältester Sohn, Polat, 55, berichten ihm die Journalisten, wurde 2017 festgenommen und zu 11, womöglich sogar zu 15 Jahren Haft verurteilt. So zeigen es vertrauliche Dokumente der chinesischen Regierung, die der SPIEGEL und seine Medienpartner einsehen konnten.

»Mein Gott«, sagt Tohti. »Kann ich fragen, warum?«

Chinesischen Behörden zufolge lautet der Haftgrund für Polat Tohti: »Reisen in sensible Länder, Studium illegaler Schriften und Vorbereitung auf terroristische Aktivitäten«.

»Allah«, sagt Mahmut Tohti noch einmal. »Wie kann er bloß etwas mit Terrorismus zu tun haben? Er weiß doch kaum, wie man ein Messer hält.«

Tohtis jüngster Sohn, Ghappar, 48, wurde zu sieben Jahren verurteilt. Er wusste, dass Ghappar festgenommen wurde, denn Tohti war selbst in China, als das geschah. »Seine siebenjährige Tochter, Raziye, kam von der Schule heim und wollte mir den Nacken massieren, ich ließ sie machen. Plötzlich fing sie zu weinen an. Ich fragte sie, warum.«

Sie vermisste ihren Vater, habe Raziye geantwortet. »Dann fragte mich das Kind, warum ich ihren Vater religiöse Schriften habe studieren lassen. Man hätte ihn nicht abgeholt, wenn ich das nicht getan hätte. Da fing ich auch an zu weinen.«

Die Straftat, für die Ghappar Tohti im Zuchthaus sitzt, laut chinesischen Behörden: »Förderung des Terrorismus, Untergrabung des Rechts, Versammlung einer Menschenmenge, um die öffentliche Ordnung zu stören«. Auch Tohtis Schwiegertochter Amannisagül sitzt in Haft, ebenso eine seiner Enkelinnen, Arzigül: fünf Jahre, auch in ihrem Fall wegen »Störung der öffentlichen Ordnung«.

All diese und weitere Informationen über das Schicksal Tausender anderer uigurischer Familien stammen aus »vertraulich« und »intern« eingestuftem chinesischen Regierungsdokumenten, Internierungslisten, Häftlingsfotos, Schulungspapieren und Redemitschriften.

Der SPIEGEL hat sie gemeinsam mit einem Team von mehr als 30 Journalistinnen und Journalisten – darunter das International Consortium of Investigative Journalists, die britische BBC, »El País« aus Spanien, die französische »Le Monde« und der Bayerische Rundfunk – gesichtet, in Stichproben verifiziert und diese Woche unter dem Namen Xinjiang Police Files veröffentlicht.

In ihrer Masse und Vielfalt stellen diese Dokumente die seit Jahren in vielen Ländern virulente Chinadebatte auf eine neue Grundlage: Sie sind ein Beweisstück, an dem Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in keinem Staat, der etwas mit China zu tun

hat, mehr vorbeikommen. Gerade in Deutschland nicht, das sich wie kaum ein anderes Land der Welt abhängig gemacht hat von Peking.

Die Dokumente waren dem deutschen Xinjiang-Forscher Adrian Zenz (siehe Seite 16) zugespielt worden und stellen das bislang größte Datenleak aus dem Sicherheitsapparat der »Uigurischen Autonomen Region Xinjiang« dar. Sie belegen in Details – und erstmals auch mit zahlreichen Bildern – die Dimension, die Systematik und zugleich die Willkür der Unterdrückung in Chinas westlichster Region.

Menschen vom Kindes- bis zum Greisenalter sind in den Daten erfasst. Im Kreis Konasheher, aus dem auch Mahmut Tohtis Familie stammt, waren es 2018 Hunderttausende mit ihren Namen, Geburtsdaten und Ausweisnummern. Weit mehr als 22 000 von ihnen waren laut Xinjiang Police Files 2018 interniert, mehr als zwölf Prozent der erwachsenen Bevölkerung.

Die Gründe für die Inhaftierungen sind manchmal banal, oft grotesk und liegen zum Teil bereits Jahre zurück. Ein junger Mann, der 2011 in einem Fitnessstudio trainiert hat, wird sechs Jahre später wegen »Vorbereitung einer terroristischen Handlung« zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Ein anderer, der 2002 als Kind von seinem Vater in Islamkunde unterrichtet wurde und dann als junger Erwachsener die Internetzensur umging, zu fünf Jahren und elf Monaten.

Offiziell geht es bei dieser wohl größten Internierungskampagne seit Stalins Gulag um Terrorismusbekämpfung oder, wie Pekings Diplomaten euphemistisch sagen, um »Berufs- und Weiterbildung«. In Wahrheit offenbaren die Xinjiang Police Files die Paranoia und Brutalität eines Polizeistaats, dessen führende Repräsentanten – auch das ist in den Papieren nachzulesen – in Geheimreden dazu aufrufen, jeden Gefangenen zu »erschießen«, der einen Fluchtversuch unternimmt.

Damit konfrontieren diese Dokumente die internationale Gemeinschaft mit der verstörenden Realität eines autoritären Regimes am Beispiel von rund zwölf Millionen Menschen. Eines technologisch und militärisch potenten Staates, der in den vergangenen 40 Jahren von einem Entwicklungsland zur größten Handelsmacht der Welt aufgestiegen ist und dessen Führung den Ehrgeiz hat, wohl nicht nur Xinjiang, sondern auch andere Teile der Welt nach ihrem Bild zu formen.



Die Xinjiang Police Files zeigen am Beispiel seiner Minderheitenpolitik die Kehrseite eines Regierungsmodells, dessen Effizienz viele im Westen über Jahre bewundert haben, von der Industrie- bis zur Pandemiepolitik, von der Armutsbekämpfung bis zur Digitalisierung. »Zukunft? China!« lautete 2018 der Titel eines deutschen Sachbuch-Bestsellers.

Noch drängender als seine rabiante Außen- und Wirtschaftspolitik stellt Pekings Repression der Uiguren viele Staaten vor die Frage, ob sie ihre Haltung zu China an ihren Interessen oder ihren Werten ausrichten sollten – und wie weit sie bereit sind, für ihren Wohlstand zu gehen.

Diese Frage geht grundsätzlich an alle Regierungen, zunächst die der muslimischen Völker, deren Glaubensbrüder und -schwestern in Xinjiang drangsaliert werden. Aber sie richtet sich auch an demokratische Staaten, deren Volkswirtschaften besonders intensiv mit China zusammenarbeiten: die USA, Australien, Japan, Südkorea – und allen voran Deutschland.

Die katastrophale Situation in den Uigurengebieten ist in Berlin seit Langem bekannt. In einem Lagebericht des Auswärtigen Amts von Oktober 2021 heißt es, die Menschenrechtslage in der Region habe sich »weiterhin verschlechtert«, die Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen würden immer engmaschiger. Von »willkürlichen Verhaftungen«, »Sippenhaft« und »Masseninternierungen von wahrscheinlich über 1 Million Menschen« ist in dem internen Papier die Rede.

»Es besteht die Sorge, dass einige Methoden, die in Xinjiang zur Anwendung kommen, jetzt auch in anderen Regionen übernommen werden könnten.«

Kein Staat der Europäischen Union ist wirtschaftlich so eng mit China verflochten wie die Bundesrepublik, die beiden Länder haben in den vergangenen 20 Jahren wie kaum zwei andere voneinander – und gemeinsam von der Globalisierung profitiert.

Anfangs war Deutschland der stärkere Partner, aber inzwischen haben sich die Verhältnisse gedreht: Chinas Wirtschaftsleistung beträgt heute das Vierfache der deutschen, und Deutschland ist nur mehr der sechstwichtigste unter Chinas Handelspartnern; China dagegen seit 2016 der wichtigste Deutschlands. Manche

Branchen erwirtschaften einen Großteil ihrer Umsätze in China, einzelne deutsche Unternehmen sind geradezu abhängig von ihrem Chinageschäft.

Es sei seit Langem klar, dass China zwar ein großer Handelspartner sei, es bei der Einhaltung von Menschenrechten aber relevante Probleme gebe, sagte Vizekanzler und Grünenpolitiker Robert Habeck nach den Enthüllungen. »Das wurde jahrelang ausgeblendet.«

Wie gefährlich einer demokratischen Regierung die ökonomische Abhängigkeit von einem autoritären Staat werden kann, erfährt Berlin seit Beginn des Ukrainekriegs am Beispiel Russlands.

Doch Deutschlands Verflechtung mit China geht weit über die mit Russland hinaus. Hier sind nicht zwei, wenn auch zentrale Bereiche wie die Gas- und Ölversorgung betroffen, sondern ganze Sektoren, von der Chemie- über die Textil- bis zur Automobilindustrie, mit Lieferketten, die tief in die beiden Volkswirtschaften hineinreichen. Das Handelsvolumen mit China ist viermal so hoch wie das mit Russland. Allein der Autozulieferer Bosch beschäftigt in China mehr als 50 000 Mitarbeiter. Auch der VW-Konzern könnte kaum ohne China und ist deshalb zu erheblichen Konzessionen bereit (siehe Seite 18).

Deutschland, sagt Habecks Parteifreund Anton Hofreiter, müsse sein Wirtschaftsmodell überdenken: »Überspitzt gesagt, fußt deutscher Wohlstand doch darauf, dass wir in der einen Diktatur, Russland, billige Rohstoffe einkaufen, dann hier Produkte herstellen – um sie dann der anderen Diktatur, China, zu verkaufen. Das muss aufhören.«

Die chinesische Führung gilt vielen Beobachtern im Westen nach wie vor als vergleichsweise berechenbarer Akteur. Militäraktionen, wie sie Moskau in Georgien und Syrien durchgeführt, gar einen Angriffskrieg, wie ihn Putin in der Ukraine entfesselt hat, trauen die meisten Peking nicht zu.

Doch seit der Machtübernahme von Staatschef Xi Jinping hat sich das Land verhärtet: innenpolitisch, wie an der Unterdrückung der Uiguren, ideologisch, wie an der Repression in Hongkong und am rigiden Festhalten an der Null-Covid-Strategie zu erkennen ist.

Aber auch geopolitisch hat Peking durch ein faktisches Bündnis mit Putins Russland und seinen zunehmend unverhohlenen Machtanspruch im Pazifik sein Gesicht verändert, insbesondere mit seinen immer aggressiveren Drohungen gehen die Inselrepublik Taiwan. Chinas Führung betrachtet Taiwan als Teil ihres eigenen Territoriums und strebt eine »Wiedervereinigung« der de facto selbstständigen Insel mit dem Festland an.

Was würde Deutschland tun, sollte Peking – ein derzeit unwahrscheinliches, aber nicht auszuschließendes Szenario – gegen Taiwan vorgehen?

Vor allem aber: Wie ist Berlin überhaupt in die Lage gekommen, solche Szenarien und ihre Folgen für Deutschlands Sicherheit und Wohlstand ernsthaft erwägen zu müssen? Und was kann Berlin tun, um der chinesischen Führung am Beispiel der schockierenden Bilder und Daten aus Xinjiang seine roten Linien deutlich zu machen?

Christoph Heusgen erinnert sich noch genau, wann er zum ersten Mal vom Schicksal der Uiguren erfuhr: 2006, kurz nachdem Angela Merkel ihn zu ihrem außenpolitischen Berater ernannt hatte. Die neue Kanzlerin flog damals zum Antrittsbesuch nach Washington; in einem SPIEGEL-Interview hatte sie zuvor die Auflösung des Gefangenenlagers Guantanamo gefordert, wo die USA nach den Anschlägen des 11. September 2001 mutmaßliche Terroristen unter menschenverachtenden Bedingungen interniert hatten.

Zu den Gefangenen gehörte auch eine Gruppe von Uiguren. Die meisten von ihnen waren an der pakistanisch-afghanischen Grenze aufgegriffen und an die Amerikaner übergeben worden. In dem Gebiet hatte auch die Terrororganisation al-Qaida operiert.

US-Quellen zufolge gaben mindestens drei der uigurischen Häftlinge an, vom »East Turkestan Islamic Movement« trainiert worden zu sein, einer militanten uigurischen Gruppe, die später von mehreren westlichen Staaten als Terrororganisation eingestuft wurde.

Doch die Uiguren bestritten jede Beteiligung an den Anschlägen von 9/11. Nicht die USA seien ihr Gegner, sondern das repressive Regime in Peking. 2005 sollten 15

von ihnen freigelassen werden. Die US-Regierung suchte nach Ländern, in die man sie abschieben könnte. US-Präsident George W. Bush quittierte Merckels Guantanamo-Kritik mit der Bitte, auch Deutschland möge uigurische Gefangene aus dem Lager aufnehmen.

Kurz vor Merckels Washington-Besuch hatte sich Heusgen von einem Vertreter der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch das Schicksal der Uiguren schildern lassen. Gleich nach der Reise schickte ihn die Kanzlerin nach Bayern, wo schon damals eine der größten uigurischen Gemeinden außerhalb Chinas bestand. Die Innenbehörden sperrten sich jedoch gegen Bushs Ansinnen. Es sollte noch Jahre dauern, bis Deutschland die ersten Gefangenen aus Guantanamo aufnahm.

In der Zeit lernte Heusgen Dolkun Isa kennen, den Präsidenten des Weltkongresses der Uiguren, einer Exilorganisation, die in München ihren Sitz hat. Isa war Ende der Achtzigerjahre einer der Anführer prodemokratischer Demonstrationen an der Xinjiang-Universität in Ürümqi gewesen, er floh 1994 aus China und erhielt 2006 die deutsche Staatsangehörigkeit.

Die Kanzlerin habe das Schicksal der Uiguren immer wieder gegenüber chinesischen Offiziellen zur Sprache gebracht, sagt Heusgen.

2015 fragte sie einen ihrer Gesprächspartner, warum China die Uiguren nicht besser in die Gesellschaft integriere. Sie kam auf die deutsche Fußballnationalmannschaft zu sprechen und zählte auf, wie viele Spieler mit Migrationshintergrund im deutschen Weltmeisterteam ein Jahr zuvor mitgespielt hatten: Boateng, Khedira, Klose, Özil, Podolski. Ohne Integration wäre Deutschland 2014 nicht Weltmeister geworden, so Merkel. Chinas Umgang mit den Uiguren und anderen Minderheiten sei ein Fehler.

Als Heusgen 2017 als Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen nach New York ging, ermöglichte er Uigurenfunktionär Dolkun Isa einen Auftritt in der Uno-Zentrale. Isa sprach als Vertreter der Gesellschaft für bedrohte Völker.

»Die Chinesen wollten das unbedingt verhindern, haben ein Riesentheater veranstaltet und Isa sogar auf eine Interpol-Liste setzen lassen, damit die USA ihn nicht

reinlassen«, erzählt Heusgen. »Wir haben dann erwirkt, dass er wieder von der Liste gestrichen wurde.«

Wie sehr er die Chinesen mit solchen Aktionen irritierte, bekam Heusgen 2020 nach seiner letzten Rede als deutscher Uno-Botschafter zu spüren. Nachdem er China aufgefordert hatte, zwei Kanadier freizulassen, die Peking festgenommen hatte, um eine in Kanada inhaftierte Managerin freizupressen, ließ sich sein chinesischer Kollege zu einer rüden Geste hinreißen: »Von ganzem Herzen«, rief Botschafter Geng Shuang Heusgen nach: »Ein Glück, dass wir Sie los sind!«

Systemischer Rivale, Wettbewerber oder wirtschaftlicher Partner – im Kanzleramt wurde in der Ära Merkel immer wieder diskutiert, welcher dieser Aspekte in den Beziehungen zu China die tragende Rolle spielen sollte.

Es gab zwei Denkschulen: Der außenpolitische Berater Heusgen betonte eigenem Bekunden nach den totalitären Charakter des Regimes in Peking und warnte vor Chinas geopolitischen Ambitionen. Merkels Wirtschaftsteam hingegen hob vor allem auf die Bedeutung des Riesenreichs als Markt für deutsche Unternehmer ab.

Schon damals spielte das Argument eine Rolle, man könne durch Kooperation Einfluss ausüben auf das kommunistisch regierte Land. »Die Chinesen haben ein großes Interesse, mit uns wirtschaftlich zusammenzuarbeiten«, sagte Merkels früherer Wirtschaftsberater Lars-Hendrik Röller noch jüngst dem »Handelsblatt«. »Das sollten wir nutzen.«

Dass es unter Kanzlerin Merkel, von den Chinesen »Moke'er« genannt, überhaupt zu solchen Diskussionen kam, erscheint in der Rückschau schon fast wie eine Errungenschaft.

Ihr Vorgänger Gerhard Schröder, chinesisch »Shiluode«, war deutlich hemsärmeliger ins Chinageschäft eingestiegen. Er war es, der die jährlichen Kanzlerreisen ins Reich der Mitte institutionalisierte, meist von einem großen Wirtschaftstross begleitet; mitunter übertraf die Zahl der Bewerbungen die der Mitreisenden um das Dreifache. »Da fuhr der ganze Dax mit«, erinnert sich einer, der dabei war.



Wer heute Berichte aus jener Zeit nachliest, staunt über die enorme Nähe, die damals zwischen Berlin und Peking bestand. 2003 etwa fuhr Schröder mit dem Plan nach China, Peking eine Plutoniumfabrik zu verkaufen und sich für die Aufhebung des Waffenembargos einzusetzen, das westliche Staaten nach der Niederschlagung des Tiananmen-Aufstands 1989 beschlossen hatten (beide Vorhaben sollten später scheitern).

In einer Diskussion mit chinesischen Studenten ging der Kanzler auf die schon damals heikle Taiwan-Frage ein. Er verstehe Pekings Standpunkt in dieser Frage nicht nur, sondern er teile ihn: »Ich glaube, dass China ein Land ist und bleiben muss.«

2004 kam er nach Peking, um den Verkauf von Lokomotiven, einer Kläranlage und einer Folienfabrik zu besiegeln; auch da ging es noch einmal um die Aufhebung des EU-Waffenembargos. »Der Handlungsreisende« überschrieb der SPIEGEL einen seiner Berichte, »Schröders China-Kracher« einen anderen.

Schröders Amtszeit markiert den Beginn von Deutschlands Sonderweg nach China. Bis dahin war die Bundesrepublik, vom frühen Einstieg des Autobauers Volkswagen Anfang der Achtzigerjahre abgesehen, dem Pfad der meisten westlichen Staaten gefolgt: Aufnahme diplomatischer Beziehungen kurz nach Richard Nixons Chinareise 1972, vorsichtige Annäherung nach Maos Tod 1976 und Beginn der Reform- und Öffnungspolitik unter Deng Xiaoping, deutliche Abkühlung der Beziehungen nach der Niederschlagung der Tiananmen-Protteste 1989.

Doch nach der Jahrtausendwende schieden sich die Wege. Während die USA nach dem Platzen der Dotcom-Blase umso entschiedener auf die Internetwirtschaft setzten und das Silicon Valley zum digitalen Innovationszentrum der Welt ausbauten, entschieden sich die Deutschen für ein anderes Wachstumsmodell: den wirtschaftlichen Austausch mit dem potenziell größten Markt der Welt, China.

2001 war das Land der Welthandelsorganisation beigetreten und benötigte für seine Modernisierung die technologisch fortgeschrittensten Erzeugnisse der traditionellen Industrie: Maschinen, um seine Fabriken auszustatten, Kraftwerke, Schnellzüge und U-Bahnen für den Aufbau der Infrastruktur, Autos, um Chinas entstehende Mittelschicht mit Statussymbolen zu versorgen. Es waren genau jene

Produkte, die Deutschland im Angebot hatte, und so stürzte sich unter dem Schlachtruf »Go East« die deutsche Wirtschaft in ihr China-Abenteuer.

Nicht nur Konzerne wie Siemens, Daimler oder BASF setzten auf China. Auch Tausende von Zulieferern und Mittelständlern begaben sich auf den langen Marsch in die Volksrepublik, der bald die Züge eines Goldrauschs annahm. Mittelstandsverbände organisierten Exkursionen, Firmenchefs übersiedelten quartalsweise nach Peking oder Shanghai, Chinaberater hatten Hochkonjunktur.

Bald verfügte so gut wie jeder deutsche Industriebetrieb über eine Zweigstelle im Reich der Mitte, und die Auftragsbücher quollen über. Anders als in den USA, wo vor allem die Einfuhren zulegten, brachte der Chinahandel hierzulande auch die Exportindustrie in Schwung. In den vergangenen drei Jahrzehnten wuchsen die deutschen Ausfuhren in die Volksrepublik um mehr als 4700 Prozent. Rund 9 Prozent des deutschen Exportzuwachses in diesem Zeitraum ging in die Volksrepublik.

Mehrfach erwies sich das Land dabei als Retter in wirtschaftlicher Not. Als die deutsche Industrie nach der Wiedervereinigung in eine tiefe Strukturkrise stürzte, half das Chinageschäft dem »kranken Mann Europas« (»Economist«) beim Wiederaufstieg.

Nach der Finanzkrise 2008 profitierte die deutsche Wirtschaft von den milliardenschweren Konjunktur- und Infrastrukturprogrammen Pekings. Und im Jahr 2020 war es Chinas rasche Erholung nach dem Ausbruch der Covid-Pandemie, die den Industriesektor der Bundesrepublik vor einem noch tieferen Einbruch bewahrte.

Die deutschen Unternehmensführer sahen die Volksrepublik als gelobtes Land, in dem sich Geld verdienen ließ wie in Deutschland allenfalls zur Wirtschaftswunderzeit. Wachstum war in China ein Staatsziel, das anders als zu Hause weder von Bürgerinitiativen oder Umweltverbänden noch von lästigen Genehmigungsbehörden infrage gestellt wurde. Und so galt das Land vielen Unternehmern und Managern bald nicht nur als wirtschaftliches, sondern auch als politisches Vorbild.

Deutsche-Post-Chef Frank Appel lobte, dass »China die Modernisierung seiner Infrastruktur konsequenter und schneller angeht als Deutschland«. Den Technologieunternehmer Jürgen Heraeus beeindruckte, wie Chinas Politiker »auf Technik fliegen« und dass sie nicht »solche Bedenkenräger wie die Deutschen sind«.

Der frühere Siemens-Boss Peter Löscher bejubelte die »langfristige Perspektive in der chinesischen Politik«, von der man sich »durchaus etwas abschauen« sollte.

Löschers Nachfolger Joe Kaeser schließlich pries auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2018 Pekings »Neue Seidenstraße«: Dieser milliardenschwere Transport- und Infrastrukturgürtel, dessen Landroute nach Europa just durch die Uigurenregion Xinjiang führt, werde eines Tages die Welthandelsorganisation ablösen – »ob Ihnen das passt oder nicht«.

Natürlich gebe es in China bei Demokratie oder Menschenrechten »das ein oder andere Problem«, räumte der frühere BASF-Chef Jürgen Hambrecht ein, einer der wichtigsten Berater von Merkel. Doch habe sich in China »durch den Dialog mit dem Westen schon sehr viel verändert«. China sei »sehr bemüht, in die richtige Richtung zu gehen« – eine kolossale Fehleinschätzung, wie unter anderem die Dokumente jetzt zeigen.

Da war sie wieder, jene naive Theorie des »Wandels durch Handel«, die nicht nur Deutschlands Russland-, sondern zunehmend auch seine Chinapolitik leitete. Ihr zufolge werde der ökonomischen Öffnung alsbald die politische folgen, so die Legende von Ministern wie Managern, die sich auf die Erfahrung mit der Entspannungs- und Ostpolitik der Siebzigerjahre gründete.

Tatsächlich beförderte der Handel den Wandel in China – allerdings in eine andere Richtung als gedacht: Politisch entwickelte sich die Volksrepublik immer stärker in Richtung Autokratie und Überwachungsstaat, und wirtschaftlich verfolgte die Pekinger Führung eine Strategie der partiellen Autarkie. Sie sollte das Land Schritt für Schritt von ausländischer Technologie unabhängig machen, auch zulasten der deutschen Wirtschaft.

Die erste Branche, die das zu spüren bekam, war die deutsche Solarindustrie, die inzwischen von der hoch subventionierten chinesischen Konkurrenz aus dem Markt gedrängt wurde. Es folgten die Hersteller von Hochgeschwindigkeitszügen, die sich auf den Weltmärkten plötzlich einem staatlich gestützten chinesischen Monopolkonzern gegenübersehen.

Mit milliardensubventionen die Weltmärkte aufrollen, nach diesem Prinzip soll es nach dem Wunsch Pekings weitergehen. In einem Strategiepapier mit dem Titel »Made in China 2025« listeten die Industriepolitiker des Landes Sektoren vom Schiffbau bis zur Biomedizin auf, in denen sie westlichen Herstellern Marktanteile abnehmen wollen: durch staatliche Vorgaben, Subventionen oder gleich die Übernahme westlicher Technologiekonzerne, wie etwa der Fall des deutschen Roboterherstellers Kuka zeigt, den der chinesische Midea-Konzern 2016 schluckte.

Allmählich reifte auch in den Chefetagen deutscher Konzerne die Erkenntnis, dass China nicht nur ein Handelspartner, sondern auch ein »systemischer Wettbewerber« sein könnte, wie es in einem Grundsatzpapier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie aus dem Jahr 2019 heißt.

Das Problem ist nur, dass große Teile der deutschen Wirtschaft auf die Milliarden des neuen Rivalen angewiesen sind. VW zum Beispiel verkauft inzwischen mehr als jedes dritte Auto in der Volksrepublik.

Nach einer Untersuchung des Münchner Ifo-Instituts ist Deutschland auch bei Chemiegütern sowie elektrischen und Transportausrüstungen auf chinesische Lieferanten angewiesen. Etwa 65 Prozent der Rohstoffe eines Elektromotors kommen aus China.

Chinaexperten sehen die deutsche Wirtschaft in einer »Truthahnfalle«. Vom Futter aus der Volksrepublik gemästet, nehmen viele Unternehmen nicht wahr, dass sie bereits zur Schlachtung vorgesehen sind. »Die Lage wird noch immer schöngeredet«, sagt Max Zenglein, Wirtschaftsexperte beim Mercator-Institut für Chinastudien (Merics) in Berlin.

In der Ära Merkel sei die Politik zwar schrittweise von der allzu simplen Wandel-durch-Handel-Parole abgerückt. Zugleich aber habe Berlin daran festgehalten, in den Wirtschaftsbeziehungen einen Ausgleich für die wachsenden politischen Spannungen mit Peking zu sehen. »Der jetzigen Bundesregierung fällt es schwer, sich vom Merkel-Weg zu verabschieden«, sagt Zenglein.

Das gilt erst recht für einzelne Unternehmen. Dem Ratschlag von Fachleuten, das Chinageschäft zugunsten anderer Handelspartner in Asien zu reduzieren, mögen sie

nicht folgen. Im Gegenteil: Der Stuttgarter Daimler-Konzern will seinen Absatz in China weiter erhöhen, so ergab eine Umfrage der »Frankfurter Allgemeinen«. Der Optikkonzern Carl Zeiss sieht die Volksrepublik weiter als »Wachstumsmarkt«, auf den man sich »strategisch ausrichtet«.

Um sich vor den geopolitischen Risiken des Chinageschäfts zu schützen, setzen manche Konzerne auf eine Regionalstrategie: Sie konzentrieren die Produktion auf Lieferanten und Abnehmer vor Ort, um sich gegen Handelskriege und politische Konflikte zu immunisieren. Doch das wird im Ernstfall nicht funktionieren, warnt Katrin Kamin vom Institut für Weltwirtschaft: »Bei einer Zuspitzung des Wirtschaftskonflikts oder einer geopolitischen Konfrontation könnte es passieren, dass eine Produktion in China unmöglich wird.«

Die über Jahre wachsenden deutschen Chinazahlen haben auch andere europäische Länder beeindruckt. Mit etwas Verzögerung folgten französische, italienische, spanische Politiker und Manager dem deutschen Beispiel. London und Peking riefen unter Premier David Cameron 2015 sogar ein »Goldenes Zeitalter« in den chinesisch-britischen Beziehungen aus. Es sollte nicht lange währen.

»Europas Chinalogik war über die letzten Jahre ziemlich einfach«, kommentiert der frühere australische Ministerpräsident und Chinakenner Kevin Rudd. »Es bestand aus drei Elementen. Erstens: China ist ein Sicherheitsproblem, das die Amerikaner und ihre asiatischen Verbündeten betrifft. Zweitens: China ist eine wirtschaftliche Chance für uns Europäer, die wir maximal nutzen sollten. Und drittens: China stellt ein Menschenrechtsproblem dar, dem wir uns gelegentlich in angemessenen Formen politischen Theaters widmen.«

Anders als in den USA, wo die Chinapolitik eines der wenigen Themen ist, das Republikaner und Demokraten eint, ist sie in Deutschland nach Parteien und den jeweils von ihnen geführten Ministerien gefärbt. In den letzten Jahren der Merkel-Regierung stand ein etwas forscheres SPD-geführtes Außenministerium dem eher chinafreundlichen Kanzleramt und CDU-geführten Wirtschaftsministerium gegenüber, was immer wieder zu Auseinandersetzungen führte.

So stritten die beiden Ministerien anderthalb Jahre lang über die Vergabe der 5G-Mobilfunklizenzen. Miguel Berger, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, drang darauf, das Gesetz so zu schreiben, dass der umstrittene chinesische Netzwerkausrüster Huawei von der Lizenzvergabe ausgeschlossen werden konnte. Das Kanzleramt war dagegen, die Diskussionen zogen sich hin, am Ende setzte sich das Außenministerium durch.

Ähnlich verlief die Debatte um das Lieferkettengesetz. Es soll sicherstellen, dass importierte Produkte aus Schwellenländern unter menschenwürdigen Umständen hergestellt worden sind. Die deutsche Wirtschaft protestierte dagegen, dass Unternehmen die Einhaltung von Menschenrechten bei ihren Zulieferern nachweisen sollen.

Das Auswärtige Amt und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung forderten hingegen ein strenges Gesetz, am Ende wurde ein Kompromiss gefunden. Selbst der geht Wirtschaftsverbänden zu weit. Erfolgreich setzten sie durch, dass bei Verstößen keine kostspieligen Strafen drohen. Und derzeit drängen sie darauf, den Start des Lieferkettengesetzes über den 1. Januar 2023 hinaus zu verschieben.

In den Ampelkoalitionsverhandlungen forderten vor allem FDP und Grüne eine stärker wertebasierte Chinapolitik. Die SPD versuchte, Formulierungen abzuschwächen. Grüne und Liberale konnten jedoch einige ihrer Vorstellungen durchsetzen.

»Wir wollen und müssen unsere Beziehungen mit China in den Dimensionen Partnerschaft, Wettbewerb und Systemrivalität gestalten«, heißt es im Ampelkoalitionsvertrag. Und weiter: »Wir thematisieren klar Chinas Menschenrechtsverletzungen, besonders in Xinjiang.« Man suche die Kooperation mit China, aber »auf der Grundlage der Menschenrechte und des geltenden internationalen Rechts«.

Außenministerin Annalena Baerbock will bis Ende des Jahres eine Chinastrategie vorlegen. Auch das Haus von Robert Habeck will dazu einen Beitrag liefern. Es geht vor allem darum, die Abhängigkeit von China zu reduzieren; deutsche Unternehmen sollen ermuntert werden, in anderen asiatischen Ländern zu investieren.

Eine »Entkoppelung«, wie sie in den USA von Demokraten wie Republikanern vertreten wird, lehnt die deutsche Regierung aber ab. Das gehe schon deshalb nicht, weil man die Pariser Klimaziele erreichen wolle, heißt es. »China wird Handelspartner bleiben, aber wir müssen unsere Abhängigkeit mit Blick auf Rohstoffimporte und industrielle Exporte verringern«, sagt Franziska Brantner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium. Im Juni reist die Grünenpolitikerin nach Südamerika, um sich über alternative Rohstoffquellen zu informieren. Es geht um Lithium für die Batterieproduktion.

Wenn es nach den Grünen und den Liberalen geht, können deutsche Unternehmen vom Staat nicht mehr auf Unterstützung für Investitionen in China zählen. Im Wirtschaftsministerium gibt es nun die Anweisung, keine Hermes-Bürgschaften mehr für Investitionen zu genehmigen, die nach Xinjiang gehen sollen. Ebenfalls untersagt sind Bürgschaften für Investitionen deutscher Unternehmen in Werke, die Produkte aus Xinjiang beziehen und weiterverarbeiten. »Wir müssen sichergehen, dass Steuerzahlergelder nicht zu eklatanten Menschenrechtsverletzungen beitragen«, sagt Brantner.

Grundsätzlich steht auch die SPD hinter dem Plan, die Abhängigkeit von China zu reduzieren. Im Kanzleramt aber werde immer wieder gebremst, so FDP und Grüne.

Manchmal scheint es, als stünde Olaf Scholz ganz in der Tradition seiner Vorgänger. Ende 2021 hatte der Kanzler mit Chinas Staatschef Xi Jinping telefoniert und unter anderem über »die Vertiefung der bilateralen Partnerschaft und der Wirtschaftsbeziehungen« gesprochen.

Laut chinesischen Staatsmedien habe Xi darauf gedrängt, dass die Beziehungen »auf Kurs bleiben«. Auch solle die »ausgezeichnete Tradition des ranghohen Führungsstils« bewahrt werden – wohl ein Hinweis darauf, dass Deutschlands Chinapolitik weiterhin Chefsache bleibe und nicht etwa von der chinakritischen Außenministerin Baerbock bestimmt werde. Auch für Olaf Scholz steht bereits ein chinesischer Name fest: »Aolafu Shuoerci«.

Ein Beispiel für die zögerliche Chinapolitik des Kanzleramts ist das International Procurement Instrument. Diese Verordnung hatte die EU-Kommission bereits 2012

vorgeschlagen, um Firmen aus Ländern, die ihrerseits den Marktzugang für europäische Unternehmen beschränken, den Zugang zum europäischen Markt zu erschweren.

Die Verordnung sollte eine Lex China sein, eine Antwort auf Pekings Protektionismus. Doch EU-Diplomaten berichten, Merkels Wirtschaftsberater Röllner habe das Verfahren jahrelang blockiert.

Mit dem Regierungswechsel kam Schwung in die Sache, Habeck und Baerbock unterstützten das Vorhaben, nur Scholz zögerte. Mitte März gab das Kanzleramt seinen Widerstand auf, Deutschland machte in den Verhandlungen der EU-Mitgliedstaaten mit dem Europäischen Parlament den Weg frei.

Grüne und FDP sähen den wachsenden Einfluss Chinas schon länger kritisch, sagt Ulrich Lechte, außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Das gelte für Menschenrechtsverletzungen, die Bedrohung Taiwans sowie für Verstöße gegen internationale Handelsregeln. Die Ampelregierung müsse »klare und deutliche Antworten finden«, fordert Lechte. »Dem größten Partner SPD wird dabei die Neuorientierung schwerer fallen.«

Dass es nach den Enthüllungen aus Xinjiang kein Weiter-so gibt, könnte die Bundesregierung dadurch signalisieren, dass sie die regelmäßigen deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen auf Eis legt.

Auch anlässlich des 50. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, der im Oktober ansteht, geziemt sich keine Feier – sofern eine solche unter Pekings striktem Coronaregime überhaupt infrage käme. Ursprünglich war eine erste Chinareise des Kanzlers in der ersten Jahreshälfte anvisiert; dem Vernehmen nach wird es dazu aus Berliner Sicht jetzt erst mal nicht kommen.

Auch wenn Unternehmensstrategien in einer Marktwirtschaft Sache der Konzerne sind, hat es die Regierung in der Hand, Deutschlands Abhängigkeit von China wenigstens nicht weiter zu fördern.

Auf europäischer Ebene ist die Richtlinie für saubere Lieferketten noch nicht finalisiert, sie lässt sich deutlich verschärfen – etwa indem, nach US-Vorbild, der Handel mit Produkten aus Xinjiang faktisch gestoppt wird, solange China die Bedingungen, unter denen sie entstehen, nicht transparent macht.



Das Investitionsabkommen zwischen China und der EU, Ende 2020 von Deutschland und Frankreich durchgedrückt, ist inzwischen ohnehin »mehr oder weniger politisch tot«, wie ein ranghoher EU-Diplomat sagt, seit beide Seiten einander im Streit um Xinjiang mit Sanktionen belegt haben.

Diese Sanktionen ließen sich nach den Enthüllungen der Xinjiang Police Files auf weitere chinesische Offizielle ausweiten. Bisher treffen sie nur vier Befehlshaber mittleren Ranges und das berüchtigte »Xinjiang Produktions- und Aufbau-Korps« – eine äußerst zurückhaltende Auswahl.

Seit Jahren ist unter Berliner Außenpolitikern die Rede davon, dass man sich enger mit gleichgesinnten Partnern abstimmen müsse, um der Herausforderung durch China zu begegnen. In genau einem Monat bietet sich Berlin eine gute Gelegenheit, die Initiative zu ergreifen.

Ende Juni treffen sich die G7-Staaten im bayerischen Schloss Elmau zu ihrem jährlichen Gipfel. »Wir werden unsere G7-Präsidentschaft nutzen, damit dieser Staatenkreis zum Vorreiter wird«, hat Olaf Scholz gesagt, als Deutschland den Vorsitz übernahm, »zum Vorreiter für eine gerechte Welt.« An diesen Worten muss sich der Kanzler messen lassen.

Sie sind das bisher größte Leak zum chinesischen Unterdrückungssystem in der Region Xinjiang: Noch nie gesehene Fotos aus dem Inneren von Internierungslagern, vertrauliche Behördenanweisungen und Reden chinesischer Funktionäre belegen die willkürliche und massenhafte Internierung von Uiguren im Nordwesten Chinas.